



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

Mannheimer General-Anzeiger. 1916-1924 1923

470 (12.10.1923) Abend-Ausgabe

[urn:nbn:de:bsz:mh40-208900](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-208900)

Mannheimer General-Anzeiger

Badische Neueste Nachrichten

Dezugspreis: 70 Mannheimer a. Umgeb. in der laufenden Woche Nr. 10000000. Die monatlichen Bezüge verpflichten sich bei der Bestellung des Abonnements bis während der Bezugszeit anzuwenden. Derzeitige Bezüge zu bezahlen. Postfachnummer 17900 Karlsruhe. — Hauptgeschäftsstelle Mannheim i. a. — Geschäfts-Nebenstelle Heidelberg, Waldstr. 6. Fernspr. Nr. 7041, 7042, 7043, 7044, 7045. Kelagr.-Adr. Generalanzeiger Mannheim. Erscheint wöchentlich zweimal.

Anzeigenpreise nach Tarif. Bei Vorauszahlung oder mit Zuschlag für Gelöstwert: Allgemeines Anzeigen-Grundzahl 400 x 80 = 32000. Für Anzeigen an bestimmten Tagen Stellen u. Ausgaben nach Vereinbarung. Übern. 600. Gewalt. Strafe. Betriebsführung, wof. berechtigt zu keinen Erfolgen. für ausgefall. od. beschl. Ausgaben od. f. verp. Aufnahmen. Anzeigen. Austr. d. Fernspr. ab. Gewalt. Geschäft. Mannheim

Beilagen: Der Sport vom Sonntag — Modezeitung — Aus Zeit und Leben mit Mannheimer Frauen-Zeitung und Mannheimer Musik-Zeitung

Die Innenkrisis in Deutschland

Französische Betrachtungen

Der Ausgang der Deutschnationalen, durch den die Abstimmung des Ermächtigungsgesetzes verhindert wurde, wird von der französischen Presse eingehend besprochen.

Der „Matin“ betrachtet die Lage als äußerst ernst. Sie fordert von der Regierung das Maximum an Autorität, über das sie verfügen können. Die Obstruktion bewirkt, wie weit der Patriotismus der Nationalisten gesunken sei, denn sie trete in dem Augenblick in die Erscheinung, in dem die Kartatrophe alle Grenzen überschreite.

Philippe Millet berichtet dem „Petit Parisien“ aus Berlin, wenn die in Aussicht genommenen Maßnahmen mit der notwendigen Energie durchgeführt werden, könne Deutschland zweifellos noch zur Zeit aus dem augenblicklich herrschenden Chaos herausgeführt werden. Wenn aber im Gegenteil der alte Kompromißgeist, der immer die deutsche parlamentarische Regierung paralytisch habe, wieder beginne, dann werde der neue Kanzler sich verdrängen, wie die vorausgegangenen. Das meiste Entgegenkommen Frankreichs würde ihn nicht vor dem Scheitern retten können, das ihn erwartet. Es würde Deutschland nichts anderes übrig bleiben, als sich in die Arme der Großindustriellen zu werfen und nichts beweise, daß das verhindert werden könne.

Die „Tribune“ schreibt, das was sich gestern im Reichstag vollzogen habe, veranlasse sie noch einmal zu sagen, daß es die Pflicht der französischen Regierung sei, den Reichskanzler zu unterstützen, nach der Ansicht der unparteilichen Beobachter die einzige Persönlichkeit in Deutschland sei, welcher man verhandeln könne. Der französische Ministerpräsident scheint nunmehr für den Wahn der Separatisten gewonnen zu sein. Dard, der in München nichts gesehen und nichts gewußt habe, habe ihm auch Wunder von dem Bruch Bayerns mit dem Reiches versprochen. Dem französischen Kabinett bleibe noch wenig Zeit übrig, um die Reparationen zu retten und um zu verhindern, daß die Tore Frankreichs sich dem öffnen, was man eine Degeneration europäischer Herrschaft nennen könne. Wer, der noch Sinn für nationale Interessen habe, soll die Verantwortung übernehmen, die französische Politik so zu führen, daß eines Tages vor der Kartatrophe Frankreich nicht mehr zu sagen habe, als: Es ist zu spät.

Das „Eigene Begräbnis“ des Reichstags

Die „Times“ führt in einem „Das deutsche Chaos“ überschriebenen Leitartikel aus: Der Reichstag habe beschlossen, sein eigenes Begräbnis für den Augenblick zu verschieben. Wie lange er dazu in der Lage sein würde, sei jedoch fraglich. Die Leiter Deutschlands ständen einer fürchtbaren Lage gegenüber. Zweifellos bestehe eine Partei in Frankreich, ebenso wie in Belgien, die darauf verachtet sei, das Gezüge des Reiches durch die Entstehung autonomer Staaten in Bayern und im Rheinland und vielleicht auch anderswo gelockert zu sehen. In dem Artikel heißt es zum Schluß, deutscher Finanzminister zu sein, sei gegenwärtig wohl die undankbarste Aufgabe in Deutschland.

Verhüllte deutschnationale Drohungen

Berlin, 12. Okt. (Von unsem. Berl. Büro.) Der Kollektenrat des preussischen Landtags hat sich heute dahin entschieden, daß der Landtag von morgen ab bis zum 27. November vertagt werden soll. Die Deutschnationalen und die Kommunisten sind mit diesem Beschlusse nicht einverstanden, da sie noch wie vor meinen, das Parlament müsse in einer so kritischen Zeit wie der gegenwärtigen beibehalten bleiben. In der heutigen Sitzung erklärte der deutschnationale Abgeordnete Schlang-Schöningen u. a.: „Wenn das Volk uns ruft, werden wir jederzeit bereit sein, die Verantwortung zu übernehmen. Was wir dann beschließen, liegt bei uns schon längst fertig da.“

Zur Sicherung der Brotversorgung

Berlin, 12. Okt. (Von unsem. Berl. Büro.) Ein Antrag sämtlicher Koalitionsparteien forderte die Annahme folgender Entschließung:

„Da vom 15. Okt. ab die Brotversorgung mit Brotkrumen aufgehört und angesichts des in den letzten Tagen eingetretenen Währungszerfalls die Gefahr besteht, daß die Brotversorgung eines großen Teils des Volkes auf außerordentliche, die innere Ruhe und Ordnung gefährdenden Schwierigkeiten stößt, fordert der Reichstag die Reichsregierung auf, bis zur Festlegung der Währung, die Brotversorgung noch zu erschwierlichen Preisen zu sichern und zwar zunächst durch Fortführung der gegenwärtigen Kartenzuteilung bis Ende des Monats.“

Blutige Zwischenfälle in Höchst

Höchst, 12. Okt. In den heutigen Vormittagsstunden demonstrierten vor dem höchsten Rathaus die an den rädlichen Reichstagsarbeiten beschäftigten Erwerbslosen. Sie forderten einen Lohnzuschuß in Höhe von 10 Milliarden auf den Kopf und Bezahlung der Regentage. Am Eingang des Rathauses wurde bei einem starken Polizeiaufgebot aufgestellt. Die Polizei verhielt sich sehr zurückhaltend bis plötzlich aus der Menge Steine geworfen wurden. Die Polizei gab darauf mehrere Schüsse ab. Soweit sich bisher feststellen läßt, wurde ein Arbeiter getötet, drei schwer und zwei leicht verletzt. Die Menge belagerte weiter das Rathaus. Die heute früh zwischen dem Magistrat und den Reichstagsarbeitern aufgenommenen Verhandlungen über die erwähnten Forderungen sind vorläufig abgebrochen worden. Die Franzosen haben sich bisher neutral verhalten, aber es ist zu erwarten, daß der Belagerungszustand verhängt wird.

Die Ziele des spanischen Direktoriums

Nach dem „Echo de Paris“ erstattete General de Rivera der Ziele einen ausführlichen Bericht über die nächsten Ziele des Direktoriums. Darin wird u. a. gesagt, daß das Direktorium in den nächsten Tagen über die Langerfrage, die Frage der Verlängerung über Kündigung des Handelsvertrags mit Amerika und über das Handelsabkommen mit Frankreich und Italien eine Entscheidung treffen werde. Heber Barakko verläutet, daß das Direktorium die Absicht hat, die spanischen Truppen in Marokko soweit sie der Vorkriegsliste 1921 angehören, in Kürze zurückzubringen. Nach einer Reuters-Meldung haben sich die britischen, spanischen und französischen Sachverständigen in der Langerfrage über eine Formel geeinigt, die als Grundlage für die Erörterungen auf einer künftigen Konferenz von Bevollmächtigten dienen soll.

Keine Verhandlungsbereitschaft Englands

Die „B. Z.“ ist in der Lage, die Meldung der „Daily News“ zu dementieren, wopach der englische Geschäftsträger in Berlin gestern in später Abendstunde die Erklärung abgegeben haben soll, daß England bereit sei, sofort mit der deutschen Regierung über die Wiederaufnahme der Arbeit auf den Eisenbahnen des von England besetzten Gebietes zu verhandeln.

In einer Unterredung mit dem Berliner Vertreter des „Daily Express“ erklärte Dr. Stresemann, daß Deutschlands wirtschaftliche Zukunft davon abhängen, daß mehr gearbeitet werde und daß alle überflüssigen Staatsbeamten entlassen würden und daß die deutsche Regierung in die Lage versetzt werde, durch Einbeziehung von Rhein und Ruhr über ein einheitliches Wirtschaftsgebiet zu verfügen.

Auf direktes Befragen erklärte der Reichskanzler, daß die jetzt in Verhandlungen zwischen Stinnes und Degoutte völlig inoffiziell gewesen seien und daß

Stinnes in seiner Bezeugung als Vertreter der deutschen Regierung

angezogen werden könne. Ein englischer konservativer Politiker, der den Industriekreisen nahesteht, hat in dieser Eigenschaft Veranlassung genommen, sich bei maßgeblichen Persönlichkeiten der französischen Regierung über die Verhandlungen mit den Befehlungsbehörden im Ruhrgebiet mit deutschen Industriellen zu informieren. Die französische Regierung soll zu verstehen gegeben haben, daß sie fest entschlossen sei, keiner Industriegruppe Sonderrechte einzuräumen, sondern daß sie daran festhält, der gesamten Industrie einheitlich von sich aus die Bedingungen für die Aufnahme der Arbeit und der Reparationslieferungen durchzusetzen.

Englische Hoffnungen

Die „Westminster Gazette“ schreibt, die politische Krise in Berlin werde akuter. Inzwischen beobachtet Poincaré trotz der Beendigung des passiven Widerstandes im Ruhrgebiet das Hintertreiben zum Chaos und weigert sich sogar in Berlin Verhandlungen für die Wiederaufnahme der Arbeit zu treffen. Augenblicklich komme aus Paris kein Anzeichen eigener konstruktiver Politik, die den Zusammenbruch Deutschlands abwenden könnte und von der man hoffe, daß sie auf die Einstellung des passiven Widerstandes folgen würde. Die britische Regierung wartet darauf, daß Paris die Initiative ergreife, aber es sei schwer, zu sagen, wie Großbritannien mit Würde diese Haltung passiver Erwartung aufrechterhalten könne, während die Ereignisse, die seine Interessen vital berühren, stattfinden.

Die „Westminster Gazette“ hofft, daß die jetzt im Gange befindlichen Erörterungen auf der Reichstagsseite der letzten Monate der Unentschiedenheit, die auf die letzte britische Note an Frankreich folgte, ein Ende bereite und zur Formulierung einer endgültigen aktiven Politik führen werde.

Reuter meldet aus Niagara Falls: Lord George erklärte im Verlaufe eines Interviews, er glaube, daß zwischen den Vereinigten Staaten und England eine Verständigung auf demselben Wege werde, um der Welt einen fünfjährigen Frieden zu geben. Es brauche kein schriftliches Abkommen zu sein, sondern lediglich eine Vereinbarung, daß sie Schlichter an Schlichter für die Sache des Friedens einsetzten würden und daß sie ihn haben müßten.

Cuno's Besuch bei Coolidge

Berlin, 12. Okt. (Von unsem. Berl. Büro.) Die „B. Z.“ läßt sich über London aus Washington melden, daß der ehemalige Reichskanzler Dr. Cuno von Präsident Coolidge empfangen wurde und daß er bei dieser Gelegenheit dem amerikanischen Präsidenten eingehende Mitteilungen über die Lage Deutschlands gemacht habe. Wie wir dazu an zuständiger Stelle erfahren, handelt der frühere Reichskanzler, falls die Washingtoner Nachrichten zutreffen sollten, nicht im offiziellen Auftrag der deutschen Regierung, es muß vielmehr betont werden, daß sein Besuch durchaus privaten Zweck und gewidmet ist. Wenn Dr. Cuno auf Befragen Auskunft über die gegenwärtige Lage in Deutschland gegeben hat, so kann die deutsche Regierung eine solche Äußerung natürlich nur durchaus begrüßen.

Der Generalstreik in Oberschlesien

hat sich weiter verschärft. Alle Industriebetriebe sind stillgelegt. Der Eisenbahnerstreik ruht vollständig. Auch der Straßenbahnverkehr ist eingestellt. Die Fernämter arbeiten unter militärischer Aufsicht, Kräftegespräche sind nicht zugelassen. Die Warschauer Regierung hat von Anfang an auf den Arbeitgeberverband in der Richtung eingewirkt, daß er nur eine geringe Lohnverhöhung bewilligen solle. Nachdem unter dem Druck des Streikstillstandes in der Nacht zum Mittwoch die Arbeitgeber eine Lohnverhöhung von 130 Prozent zustanden, die Belegschaften diese aber ablehnten, erklärten die Regierungsoffiziere sich gegen die Lohnverhöhung. Die Regierung will das weitere Anschwellen der Leistung und vor allem eine starke Inflation mit allen Mitteln verhindern und sieht das gewaltsame Niederkalten der Löhne als eines dieser Mittel an, hat aber nicht die Macht, auch die Preise herunterzubringen. Die Lage hat sich infolge dieser Stellungnahme der Regierung sehr verschärft. Die Stimmung der Arbeiterschaft ist so gereizt, daß der Ausbruch von Unruhen befürchtet wird. Das Kraftwerk in Chorzow arbeitet weiter unter militärischer Bedeckung.

Das Ende der Schweizer Freizonen

Paris, 12. Okt. Das „Journal Officiel“ veröffentlicht heute vormittag ein Dekret des Präsidenten der Republik, durch das die französisch-schweizerische Zollgrenze auf die politische Grenze zurückgeführt werde. Damit sind die Freizonen, die 1815 errichtet wurden, beseitigt.

Düsseldorf, 12. Okt. Von den an dem blutigen Separatisten Sonntag in Düsseldorf verschwundenen Polizeibeamten werden noch immer einige vermißt. Man vermutet, daß sie durch die Separatisten ermordet oder verschleppt worden sind. Für die Hinterbliebenen der an dem Sonntag getöteten Polizeibeamten sind sehr ansehnliche Geldbeträge und auch Entschädigungen von Sachverwaltern zum Beispiel Roggen eingekauft. Infolge der gewaltsamen Entfernung der Schutzpolizei aus Düsseldorf ist die Stadtverwaltung, vor allem die städtische Erwerbslosenfürsorge, Terrorakten preisgegeben. Infolgedessen veranlaßte der Regierungspräsident Gröninger, wie der amtliche preussische Pressedienst mitteilt, daß das gesamte Dezernat für Erwerbslosenfürsorge nach Barmen verlegt wird.

Immer noch verurteilten Deutschen in Frankreich. Das Kriegsgericht in Amiens hat General Conta wegen angeblicher Anwendung von Kautschogenständen aus dem Museum La Ferre-en-Tardenois in Abwesenheit zu 20 Jahren Zwangsarbeit und 20 Jahren Aufenthaltssperre verurteilt. In der gleichen Sitzung ist ein Hauptmann Schulz aus Barmen, der das Robillar eines Bauers in Chambers entwendet haben soll, zu fünf Jahren Gefängnis und fünf Jahren Aufenthaltssperre verurteilt worden.

Hilferdings Alarmruf

auf dem Berliner Bezirksparteitag ist so kennzeichnend für die schwere Krise, die die Sozialdemokratie augenblicklich durchmacht, daß wir nach dem kurzen, bereits gestern veröffentlichten Auszug, den wichtigsten Teil der Rede im Wortlaut wiedergeben. Nach dem Bericht des „Vorwärts“ sagte Hilferding u. a. folgendes:

Die Genossen, die der Koalition zugestimmt haben, gingen von der Ueberzeugung aus, daß im Augenblick in Reich eine Rechtsregierung die größte Gefahr sei. Den Forderungen nach eine unbedingte Arbeiterfront gegenüber Reichswehr, unterstützt von Organisationen, die bewaffnet, gut ausgerüstet und geführt sind. (Zurufe.) Geben wir uns doch keinen Illusionen hin. Wir sind die Schwächeren, weil Studenten, weil Kreise der Intellektuellen heute mutiger sind als die Arbeiterschaft. Sie sind besser gewappnet. (Große Unruhe. Zurufe: Und unsere Führer?)

Der Versammlung, die bisher lautlos den Ausführungen des Genossen Hilferding gelauscht hatte, bemächtigte sich eine ungeheure Unruhe. Erregte Diskussionen unter den Delegierten und den Zuhörern machten jede weitere Verhandlung zunächst unmöglich. Genosse Hilferding tritt vor, schließt mit der Faust auf das Rednerpult und ruft mit großer Erregung: „Sie haben mir durch geschäftsordnungsmäßigen Beschluß das Wort gegeben. Ich verlange jetzt, daß ich reden kann. Es ist ein Skandal, wie Sie sich benehmen, das wollen Funktionäre sein.“

Der Vorsitzende Schlegel verschloß sich nur mit Mühe Gehör und als Genosse Hilferding weiter zu reden beginnt, erfolgen laute Unterbrechungen an einzelnen Stellen des Saales, die zu neuer allgemeiner Unruhe Veranlassung geben. Endlich singt es Genosse Schlegel, an die Versammlung die Frage zu richten, ob Hilferding weiter reden soll, was allseitig mit stürmischem Ja beantwortet wird. Es gelingt schließlich, einzelnen Widerstand zu unterbrechen.

Genosse Hilferding (fortfahrend): Der Einfluß, den wir auf die Massen haben, ist geringer geworden. Unsere Presse geht zurück. (Zurufe: Wenn sie so schreibt wie der „Vorwärts“) Nein, auch dort geht sie zurück, und gerade dort, wo sie radikal redigiert ist. Auch der Einfluß der Gewerkschaftspresse vermindert sich ständig. Die Gewerkschaften selbst sind durch die Spaltungsarbeit der Kommunisten außerordentlich geschwächt worden. Wir wissen, daß ein großer Teil derjenigen, die 1918/19 aus dem Feld zurückkehrten, sich indifferent und unausgeklärt über politische Bewegung angeschlossen, heute im nationalsozialistischen Lager stehen. (Zustimmung.)

Man hat den Deutschen immer und immer wieder gesagt, daß die Führer nichts taugen. Wie soll da Vertrauen zu den Führern entstehen!

So steht es in der Partei und in den Gewerkschaften. Genossen, wir wollen uns keine Illusionen vormachen. Was wir jetzt erleben, ist keine deutsche Erscheinung. Guckt Euch doch in der Welt um. Überall sieht Ihr die Zerschlagung der Sozialdemokratie. Es gibt heute kein großes Land, in dem eine starke sozialdemokratische Partei besteht. In England ist die große Londoner Labour Party nach ihrem Wahlsieg kaum noch in der Lage, ihr Tageblatt zu erhalten. In kleineren Ländern steht die Sozialdemokratie machtlos da, weil diese Länder von den wirtschaftlichen Krisen weniger berührt wurden, und weil sie dort ihre Einheit erhalten konnten.

Wir denken viel zu wenig an die Aufgabe des Vertrauensmannes. Wir lassen sie in Deutschland einfach auf. Wenn wir beraten, dann ist die schwerste Kritik nicht nur zulässig, sondern unter Umständen Pflicht. Aber es ist notwendig, daß Kameradschaft herrsche, den andern objektiv anzuhören, und daß man das, was in den Beratungen herausgekommen ist, geschlossen vertritt. War es denn schon früher wirklich richtig, daß, wenn die Genossen Raufsch und Bernstein theoretische Meinungsverschiedenheiten auszutragen hatten, wir uns auf den Parteitag die Köpfe einschlagen mußten? Aber damals war das dennoch verhältnismäßig harmlos. Damals war die Sozialdemokratie moralisch noch stark. Dann kam die Spaltung. Gegenseitige Bekämpfung, gegenseitiges Herunterreißen. Der Spaltungsfolgte weitere. Und die Folge war, daß die Arbeiterschaft, die aus dem Kriege zurückkehrte, kein Vertrauen mehr zur Führung hatte und sich nun den Nationalsozialisten zuwendete. (Beifall.) Soll das so weiter gehen? Haben wir dazu die Einigung gemacht? Wir sind in der Schwere, in der unglücklichsten Lage, in der Partei und Arbeiterbewegung sich jemals befunden haben. Die Konterrevolution schreitet fort, Tag für Tag. Ich weiß nicht, ob sie aufhalten sein wird. Aber in vier oder acht Wochen werden Sie über viele Fragen, über die Sie sich heute hier unterhalten haben, kein Wort mehr verlieren. Ich weiß nicht, ob dann überhaupt noch Versammlungen möglich sein werden, ob wir überhaupt noch eine Presse haben werden. Wenn die Arbeiterschaft weiter mit dem Richtigen fortfährt, dann gibt es überhaupt keine Rettung mehr und dafür sind Sie mitverantwortlich. In acht Wochen wird es nur noch einen Unterschied geben zwischen denen, die davon laufen und denen, die der Partei die Treue halten.

Am die Worte Hilferdings in ihrer ganzen Bedeutung zu würdigen, muß man berücksichtigen, daß Hilferding während seiner verhassten Ministerstätigkeit zweifellos einen wichtigen Ueberblick über die Lage erhalten hat, als die Bismarcker und Schreier in den Versammlungen oder in den Redaktionen sozialdemokratischer Lokalblätter. Das liberale Mittelbürgertum, den Bankrott zu befehlen, ist der Zusammenstoß mit den Kommunisten, wie er in Sachsen und Thüringen begonnen wurde und an manchen anderen Orten verdrängt wird. Der Verrat an den primitivsten Forderungen der „Demokratie“, den die B. Z. damit begeht, wird durch Verleumdungen werden durch den alles verdrängenden Kommunismus befohlen werden.

Die Ausweisungen aus der Pfalz

Ausgewiesen wurden unter Zurücklassung der Wohnungseinrichtung am 9. Oktober 8 ledige und 21 verheiratete Eisenbahner mit Frauen und 38 Kindern aus Kaiserslautern, weil sie die Einleitungsbedingungen der französisch-belgischen Eisenbahnregie absehten.

An unsere Leser!

Der Bezugspreis unserer Zeitung für die Woche vom 13. bis einschl. 19. Okt. 1923 beträgt 300 Millionen Mark.

Wir bitten unsere werten Bezahler, diesen Betrag der Trägerin beim ersten Vorkommen der Quittung auszuhandigen.

Ferner bitten wir, die Bezugspreise jeweils in bar zu entrichten.

Der Verlag

Städtische Nachrichten

Weitere Erhöhung der Fleischpreise

Die am Montag festgesetzten Fleischpreise haben nur bis zum Mittwoch gegolten. Gestern wurde schon ein Ubergangspreis von 260 Mill. für Rindfleisch 1. Sorte...

An München betragen am Mittwoch die Preissteigerungen auf dem Schlachtviehmarkt für sämtliche Viehgattungen durchweg mehr als das Doppelte gegen den letzten Markt am Freitag.

Wir haben schon angekündigt, daß am kommenden Montag mit einer weiteren bedeutenden Erhöhung der Fleischpreise zu rechnen ist.

Wertbeständige Vermögensstrafen. Durch das Geldstrafengesetz vom 27. April 1923 hatte die Geldstrafe Verlust, die Geldstrafen den veränderten wirtschaftlichen Verhältnissen anzupassen.

Zur Neuregelung der Brotverforgung erhalten wir aus Berlin folgende Mitteilungen: Im Reichsrat gab gestern ein Vertreter des Arbeitsministeriums folgende Erklärung:

ab: Angefichts des Fortfalls der Brotverforgung vom 15. Oktober und der damit verbundenen Steigerung des Brotpreises werden zu diesem Zeitpunkt in breiten Familienkreisen...

* Der Verband Mannheim-Ludwigshafener Musiklehrkräfte gibt im Anzeigenteil bekannt, daß die Berechnung der Unterrichtshonore...

* Tödlicher Unglücksfall. Gestern nachmittags stürzte die 13 Jahre alte Volksschülerin Elise Reinacher, Vorhangstraße Nr. 35, vom Treppengeländer im 4. Stock, auf das sie sich geleht hatte...

* Die Diebstähle von Fahrrädern mehren sich in erschreckender Weise. Die auf die Ergreifung der Täter bezug, die Wiederbeschaffung der Räder gerichtete Tätigkeit der Kriminalpolizei wird...

* Das letzte Fest der diamantenen Hochzeit feiert am Sonntag im Borori Feudenheim Konditor Johann Wildenbrand mit seiner Ehefrau Katharine geb. Brunner.

* Die Schauenburg bei Dossenheim in Gefahr. Trotz der Vereinbarung der Gemeinde mit dem staatlichen Forstpremier, nach der der Abbau des Steins am Schöckberg wegen Gefährdung der Burgruine eingestellt werden sollte...

Tagungen

Sonntag des Verbandes weiblicher Angestellter D. W. A. (christlich-nationaler Richtung)

Die Abhaltung des Sonntages war dieses Jahr der Ortsgruppe Mannheim zugeteilt. Die Beteiligung war reger. Im Mittelpunkt stand ein Vortrag der Vorsitzenden des DWA, Frau Katharina Müller über 'Wirtschaftsnot und Gewerkschaften'.

ständig in die Massen zu tragen, dann sei unser Kampf ausichtslos, hoffnungslos, auch für deutsche Freiheit und Zukunft.

Gerichtszeitung

Zu 20,1 Milliarden Geldstrafe

anstelle einer verurteilten Gefängnisstrafe von 6 Wochen wurde die Elisabeth Hoerer geb. Brehm wegen Preistreiberi verurteilt.

Mannheimer Schöffengericht

* Mannheim, 12. Okt. (Schöffengericht S. G. 2). Vorsitzender Landgerichtsrat Dr. Hill.

Die letzten Kotspreise stiegen dem Schuldiener Franz Heller von der K. S-Schule in den Kopf. Er wollte rasch reich werden. Der Versuchung, südtürkischen Kafs, der für die Heizung des Schulhauses bestimmt war, zu verkaufen, konnte er nicht widerstehen.

Wegen Diebstahls ist der geschiedene Telegraphenarbeiter Michael Esser angeklagt. Als aus den verlesenen Briefen ersichtlich ist, es nicht der erste Diebstahl, den Esser verübte.

Valentin Stemmer wird beklagt, in einer Wirtschaft in der Weststraße einen Zestumpanten Stumpf die Briefkäse mit 40 holländischen Gulden entwendet zu haben.

Wetternachrichten der Karlsruher Landeswetterwarte

Table with 10 columns: Station, Wind, Clouds, Rain, etc. Rows include Mannheim, Karlsruhe, Baden-Baden, etc.

Mitteleuropa blieb gestern im Bereich des kräftigen nord-europäischen Sturmwirbels. Eine von Frankreich ostwärts wandernde Druckstörung hat gestern wieder ergiebige Landregen gebracht.

Voraussetzliche Witterung für Samstag bis 12 Uhr nachts: Neuerdings Trübung und Regenfälle, starke bis stürmische westliche Winde, Temperaturen wenig verändert.

Vitus Thavons Abenteuer

Roman von Ernst Klein.

3) (Nachdruck verboten)

(Fortsetzung)

„Mein Mann hat mir schon nach Franzensbad geschrieben, daß es sehr unruhig in der Hande wird. Es heißt, die Bulgaren haben große Banden bei Küstendil versammelt.“

„Ach, Sie brauchen nichts zu fürchten,“ höhnte Elena, „von Krieg ist wohl keine Rede. Das erlaubt ihr ja nicht, ihr großmächtigen Großmächte. Ha — ihr!“

„Da sitzt ihr und macht euch an, die Richter Europas zu sein. Redet von Zivilisation und Pflichten des Christentums! Und gestattet, daß hier in diesem herrlichen Lande die wildeste Barbarei ihre Blutherrschaft weiterführt!“

„Alles in Ordnung, Freund,“ sagte er zu ihm auf türkisch. Der Soldat stuchte, ließ sich verblüffen und ging wieder auf seinen Platz zurück.“

„Hilfliches Band — das Magdonien!“

„Hilfliches Band — das Magdonien!“

„Hilfliches Band — das Magdonien!“

„Hilfliches Band — das Magdonien!“

„Hilfliches Band — das Magdonien!“

„Hilfliches Band — das Magdonien!“

liche Reaktion der Reisenden. Zwei Offiziere gingen von Coupee zu Coupee. Sie waren höflich, wie diese türkischen Offiziere sind, verbeugten sich entschuldigend vor den Damen und schleppten einen ganzen Haufen Reisender aus dem Zuge, Bulgaren, Griechen und Serben durcheinander.

„Alles in Ordnung, Freund,“ sagte er zu ihm auf türkisch. Der Soldat stuchte, ließ sich verblüffen und ging wieder auf seinen Platz zurück.“

„Hilfliches Band — das Magdonien!“

„Hilfliches Band — das Magdonien!“

„Hilfliches Band — das Magdonien!“

„Hilfliches Band — das Magdonien!“

„Hilfliches Band — das Magdonien!“

„Hilfliches Band — das Magdonien!“

„Hilfliches Band — das Magdonien!“

„Hilfliches Band — das Magdonien!“

„Hilfliches Band — das Magdonien!“

„Hilfliches Band — das Magdonien!“

„Hilfliches Band — das Magdonien!“

„Hilfliches Band — das Magdonien!“

ständig in die Massen zu tragen, dann sei unser Kampf ausichtslos, hoffnungslos, auch für deutsche Freiheit und Zukunft.

ständig in die Massen zu tragen, dann sei unser Kampf ausichtslos, hoffnungslos, auch für deutsche Freiheit und Zukunft.

ständig in die Massen zu tragen, dann sei unser Kampf ausichtslos, hoffnungslos, auch für deutsche Freiheit und Zukunft.

ständig in die Massen zu tragen, dann sei unser Kampf ausichtslos, hoffnungslos, auch für deutsche Freiheit und Zukunft.

ständig in die Massen zu tragen, dann sei unser Kampf ausichtslos, hoffnungslos, auch für deutsche Freiheit und Zukunft.

ständig in die Massen zu tragen, dann sei unser Kampf ausichtslos, hoffnungslos, auch für deutsche Freiheit und Zukunft.

ständig in die Massen zu tragen, dann sei unser Kampf ausichtslos, hoffnungslos, auch für deutsche Freiheit und Zukunft.

ständig in die Massen zu tragen, dann sei unser Kampf ausichtslos, hoffnungslos, auch für deutsche Freiheit und Zukunft.

ständig in die Massen zu tragen, dann sei unser Kampf ausichtslos, hoffnungslos, auch für deutsche Freiheit und Zukunft.

ständig in die Massen zu tragen, dann sei unser Kampf ausichtslos, hoffnungslos, auch für deutsche Freiheit und Zukunft.

ständig in die Massen zu tragen, dann sei unser Kampf ausichtslos, hoffnungslos, auch für deutsche Freiheit und Zukunft.

ständig in die Massen zu tragen, dann sei unser Kampf ausichtslos, hoffnungslos, auch für deutsche Freiheit und Zukunft.

ständig in die Massen zu tragen, dann sei unser Kampf ausichtslos, hoffnungslos, auch für deutsche Freiheit und Zukunft.

ständig in die Massen zu tragen, dann sei unser Kampf ausichtslos, hoffnungslos, auch für deutsche Freiheit und Zukunft.

ständig in die Massen zu tragen, dann sei unser Kampf ausichtslos, hoffnungslos, auch für deutsche Freiheit und Zukunft.

ständig in die Massen zu tragen, dann sei unser Kampf ausichtslos, hoffnungslos, auch für deutsche Freiheit und Zukunft.

